

Sitzungsunterlagen

Sitzung des Hauptausschusses der
Stadt Bergisch Gladbach
07.12.2021

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente

Niederschrift (öffentlich)

5

Anlage 1 zur Niederschrift: Stellungnahme Bürgermeisterinnen und Bürgermeister (zu TOP Ö13.2)

15

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum
28.01.2022
Ausschussbetreuender Fachbereich
Ratsbüro
Schriftführung
Saskia Anger
Telefon-Nr.
02202-142237

Niederschrift

Hauptausschuss
Sitzung am Dienstag, 07.12.2021

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr – 17:50 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer
Siehe Protokollierung unter TOP Ö1

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 **Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses am 28.09.2021 - öffentlicher Teil**
0713/2021
- 4 **Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5 **Sachstandsbericht zur Umsetzung der E-Government-Strategie**
0757/2021
- 6 **Darstellung der Personalsituation in der Stadtverwaltung**
- 6.1 **Personalsituation VV I Stabsstellen**
0719/2021

- 6.2 Personalsituation Fachbereich 1 - Allgemeine Verwaltung, Verwaltungssteuerung**
0746/2021
- 6.3 Personalsituation im Fachbereich 9 - Büro des Bürgermeisters**
0674/2021
- 7 Stellenplanvorlage 2022**
0694/2021
- 8 Teilhaushalte in der Zuständigkeit des Hauptausschusses**
- 8.1 Teilhaushalt des Fachbereiches 1**
0714/2021
- 8.2 Haushalt 2022 - Haushaltsziele und Budgets der Produktgruppen 01.001 und 01.013**
0765/2021
- 9 Verlängerung des Gleichstellungsplans 2017 - 2021**
0630/2021
- 10 Verwaltungsausschuss bei der Agentur für Arbeit, Neuberufung der Mitglieder für die 14. Amtszeit ab dem 01.07.2022**
0760/2021
- 11 Antrag des Deutschen Kinderschutzbundes vom 16.09.2019 zur Benennung eines Platzes in Bergisch Gladbach mit dem Namen „Platz der Kinderrechte“**
0733/2021
- 12 Anträge der Fraktionen**
- 12.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion vom 17.03.2021: "Reinigungskräfte"**
0407/2021
- 12.2 Antrag der AfD-Fraktion vom 29.07.2021 "Lokal statt Global: Pragmatische Maßnahmen zur Anpassung an Extremwetterereignisse und weitere Klimawandelfolgen"**
0501/2021/1
- 13 Anfragen der Ausschussmitglieder**
- 13.1 Schriftliche Anfragen**
- 13.1.1 Schriftliche Anfrage des Mitgliedes des Rates Herrn Eschbach vom 17.11.2021 (eingegangen am 17.11.2021): "Digitalisierung"**
0763/2021
- 13.2 Mündliche Anfragen**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Bürgermeister Stein eröffnet um 17:00 Uhr die 8. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Bergisch Gladbach in der zehnten Wahlperiode und stellt fest, dass der Hauptausschuss rechtzeitig und ordnungsgemäß einberufen worden und beschlussfähig sei.

Für die heutige Sitzung hätten sich Herr Dr. Symanzik (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN), Frau Scheerer (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) und Herr Waldschmidt (SPD-Fraktion) entschuldigt, welche durch Herrn Eschbach (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN), Frau Klupp (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) und Frau Holz-Schöttler (SPD-Fraktion) vertreten würden, entschuldigt.

Zudem hat Frau Bacmeister (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) für die Position N.N. teilgenommen.

Herr Schade (CDU-Fraktion) nimmt ab 17:05 Uhr (Tagesordnungspunkt Ö5) teil.

An der 8. Sitzung des Hauptausschusses haben teilgenommen:

Claudia Bacmeister (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
Dr. Friedrich Bacmeister (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
Birgit Bischoff (CDU-Fraktion)
Christian Buchen (CDU-Fraktion)
Collin Eschbach (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
Hans Josef Haasbach (CDU-Fraktion)
Harald Henkel (CDU-Fraktion)
Brigitte Holz-Schöttler (SPD-Fraktion)
David Kirch (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
Martina Klupp (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
Corvin Kochan (SPD-Fraktion)
Jörg Krell (FDP-Fraktion)
Christine Mehls (SPD-Fraktion)
Theresia Meinhardt (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
Dr. Michael Metten (CDU-Fraktion)
Dr. Benno Nuding (Fraktion Freie Wählergemeinschaft)
Klaus Orth (SPD-Fraktion)
Frank Samirae (Fraktion Bürgerpartei GL)
Lutz Schade (CDU-Fraktion) ab 17:05 Uhr
Fabian Theodor Schütz (AfD-Fraktion)
Josef Willnecker (CDU-Fraktion)

Vonseiten der Verwaltung haben teilgenommen:

Frank Stein (Bürgermeister)
Harald Flügge (Erster Beigeordneter/Technischer Beigeordneter)
Ragnar Migenda (Beigeordneter)
Thore Eggert (Beigeordneter/Stadtkämmerer)
Christian Ruhe (FB 9-14)
Saskia Anger (FB 9-14)

Als Unterlagen der heutigen Sitzung benennt Herr Stein:

Die Einladung vom 23.11.2021 mit der Anlage zur Tagesordnung und den dazugehörigen Vorlagen sowie als Tischvorlagen:

die Aktualisierung der Anlage zur Tagesordnung mit den Beratungsergebnissen aus der Sitzung des RPA am 06.12.2021 zu TOP N 4 der heutigen Sitzung.

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Herr Stein stellt fest, ihm lägen keine schriftlichen Einwendungen vor; mündliche Einwendungen würden ebenfalls nicht erhoben.

Damit gelte die Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses am 28.09.2021 – öffentlicher Teil – als genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses am 28.09.2021 - öffentlicher Teil 0713/2021

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Mitteilung zu vakantem Sitz des Vorsitzenden des Hauptausschusses

Herr Stein äußert, dass die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN einen Vorschlag für den vakanten Sitz des stellvertretenden Ausschussvorsitzenden des Hauptausschusses bis zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses einbringen sollte.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungen des Bürgermeisters zur Kenntnis.

5. Sachstandsbericht zur Umsetzung der E-Government-Strategie 0757/2021

Herr Buchen erläutert, dass man dem Sachstandsbericht entnehmen könne, dass in diversen Projekten Fortschritte gemacht würden. Er regt an, dass man für die einzelnen Projekte eine Übersicht über den Zeitplan und wichtige Meilensteine erstelle.

Herr Eggert antwortet, dass man bemüht sei diese Anregung bis zum nächsten Sachstandsbericht umzusetzen.

Herr Krell äußert, dass er Herrn Böttcher für diese Entwicklung sehr loben wolle. In der letzten Woche sei die erste Sitzung des Thinktank für die digitale Papierstadt, was ein sehr guter Auftakt gewesen sei.

Herr Dr. Bacmeister führt an, er wolle der Verwaltung dafür danken, dass ein eigenes Kompetenzzentrum zum Thema „New Work“ errichtet worden sei. Allerdings finde er es erschreckend, dass bei der ersten offenen Sprechstunde nur sehr wenige Mitarbeiter der Stadt anwesend gewesen seien. Denn das Leitbild zum effizienteren Verwaltungshandeln sei sehr wichtig für die Attraktivität der Stadt als Arbeitsgeber und dürfe nicht aus dem Auge verloren werden. Zwischen den Mitarbeitenden, die an der offenen Sprechstunde teilgenommen haben sei es aber erfreulicherweise zu einem effektiven Austausch gekommen.

Frau Meinhardt fragt an, wie der Strategietag mit Microsoft verlaufen wäre.

Herr Eggert antwortet, dass dieser von Microsoft aufgrund von Corona abgesagt worden sei.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

6. Darstellung der Personalsituation in der Stadtverwaltung

6.1. Personalsituation VV I Stabsstellen

0719/2021

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

6.2. Personalsituation Fachbereich 1 - Allgemeine Verwaltung, Verwaltungssteuerung

0746/2021

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

6.3. Personalsituation im Fachbereich 9 - Büro des Bürgermeisters

0674/2021

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

7. Stellenplanvorlage 2022

0694/2021

Frau Meinhardt bedankt sich für die Darstellung des Stellenplanes. Sie sei der Auffassung, dass diese Stellen dringend beschlossen werden müssten, denn die derzeitige Personalsituation sei sehr prekär.

Herr Dr. Nuding erläutert, dass viele Stellen mit einem Sperrvermerk versehen seien. Er fragt an, wer diesen Sperrvermerk aufheben würde.

Herr Stein antwortet, dass grundsätzlich die Verwaltung diesen Sperrvermerk aufheben würde.

Herr Dr. Nuding äußert, dass in der Vorlage dargestellt sei, dass eine vierte Freistellung für den Personalrat möglich sei. Er fragt an, ob diese bedeute, dass die vierte Freistellung notwendig sei oder nur eine freiwillige Möglichkeit.

Herr Stein antwortet, dass die vierte Freistellung notwendig sei, wenn eine bestimmte Mitarbeiterzahl erreicht werde. Dies ist momentan noch nicht der Fall, aber es ist absehbar dass diese Mitarbeiterzahl erreicht werde und somit die vierte Freistellung notwendig sei.

Frau Bacmeister fragt an, warum die drei Stellen „Wissenstransfer bei Nachfolge“ mit der hohen Besoldungsgruppe A 13 im Stellenplan vorgesehen seien.

Herr Stein antwortet, dass man damit bezwecken wolle entsprechend dotiertes Personal für diese Stellen zu finden.

Herr Dr. Bacmeister äußert, warum diese Stelle nur als Beamtenstelle dargestellt sei.

Herr Stein äußert, dass diese auch als Angestelltenstelle ausgeschrieben werden könne.

Herr Krell stellt folgenden Änderungsantrag dahingehend, die mit dem Stellenplan vorgesehenen 2,0 Stellen „Abt. Kinder-, Jugend- und Familienförderung/SG 5-552-Sachbearbeitung Elternbeiträge“ mit einem kw-Vermerk zu versehen.

Herr Stein stellt sodann den Änderungsantrag der FDP, **die mit dem Stellenplan vorgesehenen 2,0 Stellen „Abt. Kinder-, Jugend- und Familienförderung/SG 5-552-Sachbearbeitung Elternbeiträge“ mit einem kw-Vermerk zu versehen**, zur Abstimmung.

Für den Antrag stimmen die CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, die SPD, die FDP und die BÜRGERPARTEI GL. Die AfD und die Freie Wählergemeinschaft enthalten sich der Stimme. Damit fasst der Rat einstimmig folgenden Beschluss:

Der Änderungsantrag der FDP, die mit dem Stellenplan vorgesehenen 2,0 Stellen „Abt. Kinder-, Jugend- und Familienförderung/SG 5-552-Sachbearbeitung Elternbeiträge“ mit einem kw-Vermerk zu versehen, wird angenommen.

Der Hauptausschuss beschließt mehrheitlich gegen die CDU und die Freie Wählergemeinschaft bei Enthaltung der AfD dem Rat folgende geänderte Beschlussempfehlung zu geben:

Die unter den Punkten 2, 3.1, 3.2 und 4 dargestellten Vorschläge werden beschlossen. Die mit dem Stellenplan vorgesehenen 2,0 Stellen „Abt. Kinder-, Jugend- und Familienförderung/SG 5-552-Sachbearbeitung Elternbeiträge“ werden mit einem kw-Vermerk versehen. Im Übrigen wird Kenntnis genommen.

8. Teilhaushalte in der Zuständigkeit des Hauptausschusses

8.1. Teilhaushalt des Fachbereiches 1 *0714/2021*

Der Hauptausschuss beschließt mehrheitlich gegen die CDU und die Freie Wählergemeinschaft bei Enthaltung der AfD dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Der in die Zuständigkeit des Hauptausschusses fallende Teilhaushalt wird beschlossen.

8.2. Haushalt 2022 - Haushaltsziele und Budgets der Produktgruppen 01.001 und 01.013 *0765/2021*

Herr Stein erläutert, dass in der Sitzung des Ältestenrates deutlich geworden sei, dass die Fraktionen mit der geplanten Rückverlegung der Ratssitzungen in den Ratssaal Bensberg im Jahr 2022 nicht mehr einverstanden seien. Daher habe die Verwaltung für alle geplanten Ratssitzungen des Jahres 2022 den Theatersaal im Bürgerhaus Bergischer Löwe verbindlich reserviert. Dies werde im Jahr 2022 zusätzliche Kosten in Höhe von voraussichtlich 25.000,- EUR verursachen. Dieser Mehrbedarf werde nicht über die Änderungsliste mit in den Haushalt 2022 aufgenommen, sondern werde im kommenden Jahr, wenn er tatsächlich anfalle, überplanmäßig bzw. durch Mittelübertragung zusätzlich bereitgestellt. Die Deckung erfolge dann mit Mehrerträgen beim außerordentlichen Ertrag („Corona-Isolierung“).

Der Hauptausschuss beschließt mehrheitlich gegen die CDU und die Freie Wählergemeinschaft bei Enthaltung der AfD dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Der in die Zuständigkeit des Hauptausschusses fallende Teilhaushalt – Haushaltsziele und Budgets der Produktgruppen 01.001 und 01.013 – wird beschlossen.

9. Verlängerung des Gleichstellungsplans 2017 - 2021 *0630/2021*

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig bei Enthaltung der AfD dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Der bestehende Gleichstellungsplan 2017–2021 wird bis zum 31.12.2022 verlängert und der neue Gleichstellungsplan, den gesetzlichen Regelungen entsprechend, zum 30.06.2023 beschlossen.

10. Verwaltungsausschuss bei der Agentur für Arbeit, Neuberufung der Mitglieder für die 14. Amtszeit ab dem 01.07.2022

0760/2021

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach stimmt dem gemeinsamen Vorschlag der Städte und Gemeinden des Rheinisch-Bergischen Kreises zu, Herrn Kreisdirektor Dr. Erik Werdel als Mitglied des Verwaltungsausschusses der Agentur für Arbeit Bergisch Gladbach für die 14. Amtsperiode ab dem 01.07.2022 zu benennen.

11. Antrag des Deutschen Kinderschutzbundes vom 16.09.2019 zur Benennung eines Platzes in Bergisch Gladbach mit dem Namen „Platz der Kinderrechte“

0733/2021

Herr Schütz fragt an wie viele Vorschläge von Namen auf der Liste zur Benennung von Straßen und Plätzen stünden.

Herr Stein antwortet, dass diese Anfrage schriftlich beantwortet werde.

Der Hauptausschuss fasst einstimmig bei Enthaltung der AfD folgenden Beschluss:

Der Beschluss vom 28.09.2021 wird aufgehoben. Der „Platz der Kinderrechte“ wird als Vorschlag auf die Liste zur Benennung von Straßen und Plätzen des Stadtarchivs aufgenommen.

12. Anträge der Fraktionen

12.1. Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion vom 17.03.2021: "Reinigungskräfte"

0407/2021

Frau Mehls führt an, dass die Verwaltung zu dem Ergebnis komme, dass eine Fremdvergabe der Leistung preisgünstiger sei. Allerdings sollte nicht nur der Preis ausschlaggebend sein, sondern auch soziale und nachhaltige Aspekte sollten berücksichtigt werden. In der Ausführung seien diese Aspekte nicht berücksichtigt und dahingehend fragt sie an wann ein entsprechender Kriterienkatalog entwickelt werden könnte.

Herr Eggert antwortet, dass ein Kriterienkatalog entworfen werden könnte, dies aber einen sehr hohen Aufwand verursachen würde. Außerdem stelle sich die Frage, wie die diversen Aspekte gewichtet werden müssten. Zu einem Ergebnis für diese Gewichtung sei man bisher nicht gekommen.

Herr Buchen wirft ein, dass dieser Antrag bereits abgearbeitet worden sei. Zudem haben die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD-Fraktion und FDP-Fraktion keinen Antrag zum Stellenplan zu dieser Thematik gestellt.

Herr Kochan erläutert, dass das Ziel des Antrages sei, dass künftig soziale Mindeststandards eingehalten würden. Hierfür müssten aus Sicht der SPD keine Kriterien gewichtet werden.

Herr Krell äußert, dass zunächst Nachhaltigkeitskriterien definiert werden müssten. Dass die Anbieter der Tarifbindung unterliegen sei eine Grundvoraussetzung und so lange diese erfüllt werde seien soziale Standards gesichert.

Herr Haasbach fragt an, wie man soziale Standards definiere. Es gebe Mindestlohngesetze und Tarifbindung, wodurch gewisse Standards gesichert seien. Man könne allerdings von einem privaten Anbieter nicht die Tarifstandards des öffentlichen Dienstes verlangen.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

12.2. Antrag der AfD-Fraktion vom 29.07.2021 "Lokal statt Global: Pragmatische Maßnahmen zur Anpassung an Extremwetterereignisse und weitere Klimawandelfolgen"

0501/2021/1

Herr Stein erläutert, dass nur die Ziffer 1 dieses Antrages in die Zuständigkeit des Hauptausschusses falle.

Für Ziffer 1 des Antrages der AfD-Fraktion stimmt die AfD. Gegen Ziffer 1 des Antrages der AfD-Fraktion stimmt die CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, die SPD und die FDP. Die Freie Wählergemeinschaft und die BÜRGERPARTEI GL enthalten sich der Stimme. Damit ist Ziffer 1 mehrheitlich **abgelehnt**.

13. Anfragen der Ausschussmitglieder

13.1. Schriftliche Anfragen

13.1.1. Schriftliche Anfrage des Mitgliedes des Rates Herrn Eschbach vom 17.11.2021 (eingegangen am 17.11.2021): "Digitalisierung"

0763/2021

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

13.2. Mündliche Anfragen

Herr Dr. Metten: Anfrage bezüglich Corona Situation im Stadtrat

Herr Dr. Metten führt an, dass man sich weiterhin in einer prekären Corona Situation befinde. Deshalb begrüße die CDU, dass die Ratssitzungen weiterhin im Bergischen Löwen stattfinden würden. Im Vorfeld der Ratssitzung habe man im Ältestenrat über ein Pairing-Abkommen beraten, was vorsah die Anzahl der Ratsmitglieder in der Dezembersitzung zu reduzieren. Nun habe er erfahren, dass die SPD-Fraktion dieses Vorgehen ablehne. Dahingehend fragt er Herrn Stein, ob er es sinnvoll fände mit der SPD-Fraktion ein Gespräch hierüber zu führen.

Herr Stein antwortet, dass er für die Pairing-Vorgehensweise sei. Er schlägt vor, dass er nochmal mit der SPD-Fraktion sprechen könne.

Herr Krell wirft ein, dass auch die FDP-Fraktion gegen das Pairing-Abkommen sei. Für eine kleine Fraktion sei es sehr schwierig einen der wenigen Sitze aufzugeben für die Sitzung. Die Pandemie werde noch über die nächsten Jahre vorhanden sein und man müsse lernen sich damit zu arrangieren.

Herr Dr. Metten äußert, dass er bemerkenswert finde, dass die SPD-Fraktion und die FDP-Fraktion diese Vorgehensweise ablehnen. Man müsse sich überlegen, ob man in dieser Situation nicht eher Einzelinteressen als die Mehrheitsmeinung entscheiden lasse.

Frau Holz-Schöttler regt an, dass man die Thematik interfraktionell beraten könne und dabei sämtliche Möglichkeiten in Betracht ziehe.

Herr Stein schlägt ebenfalls vor, dass man zu einem anderen Zeitpunkt nochmal gemeinsam hierüber sprechen könne.

Herr Schütz äußert, dass er sich der Meinung von Herrn Krell anschließen könne.

Herr Haasbach: Anfrage bezüglich LKW Anhänger auf einem Schulweg

Herr Haasbach erläutert, dass sich auf der Oberheidkamper Straße jenseits der Bonnschlade in Richtung Lerbacher Weg auf der rechten Seite ein Abstellplatz für LKW Anhänger implementiert habe. Dies halte er für sehr gefährlich, da es sich dort um einen Schulweg handle. Er fragt an, ob dem Bürgermeister diese Situation bekannt sei und ob beabsichtigt sei dort eine Risikominimierung zu veranlassen.

Herr Stein antwortet, dass ihm die Situation bekannt sei und die Anfrage beantwortet werde.

Herr Schütz: Anfrage bezüglich Waldpflege

Herr Schütz erläutert, dass die Stadt Köln im Wald keine Wegepflege mehr durchführe. Im Königsforst sei die Stadtgrenze im Wald und er fragt an, ob auf dem Waldgebiet der Stadt Bergisch Gladbach die Wegepflege noch durchgeführt werde.

Herr Stein antwortet, dass der städtische Wald gepflegt werde. Er bittet Herrn Schütz zu den entsprechenden Waldstücken Fotos einzureichen damit eine präzise Antwort zum betreffenden Abschnitt des Waldes gegeben werden könne.

Herr Krell: Anfrage bezüglich Reduzierung Kreisumlage

Herr Krell äußert, dass in der Presse davon berichtet werde, dass der Bürgermeister in Gesprächen zum Thema Reduzierung der Kreisumlage sei. Er fragt an, wie der aktuelle Stand dieser Gespräche sei.

Herr Stein antwortet, dass die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister Gebrauch vom Recht der Stellungnahme hierzu gemacht hätten. Im Wesentlichen habe man die Argumente genannt, die schon die Kämmerinnen und Kämmerer im Rahmen der Einbringung des Haushaltes gebracht hätten. Dies beinhalte im Kern, dass das richtige Instrument zur Weitergabe von Erleichterungen des Kreises bei der Landschaftsverbandsumlage nicht eine Einmalzahlung sei, sondern eine Reduzierung der Kreisumlage. Wenn die Ausgleichsrücklage reduziert werde, sei es möglich, dass ein halber Umlagepunkt erreicht werde. Den Fraktionen könne die Stellungnahme der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister zur Verfügung gestellt werden.

Frau Bacmeister: Namensschilder in Gremiensitzungen

Frau Bacmeister regt an, dass auch im Hauptausschuss Namensschilder an den Sitzplätzen stehen, da sie nicht alle Personen bei Namen kenne.

Herr Stein antwortet, dass dieses Thema in den nächsten Ältestenrat eingebracht werden könne.

Herr Stein schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 17:50 Uhr.

gez.
Frank Stein
Bürgermeister

gez.
Saskia Anger
Schriftführung



Zu TOP Ö13.2 der Sitzung des
Hauptausschusses am 07.12.2021

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Stadt Bergisch Gladbach · 51439 Bergisch Gladbach

Konrad-Adenauer-Platz 1
51465 Bergisch Gladbach
Bürgermeister Frank Stein
Telefon: (02202) 14 22 29
Telefax: (02202) 14 22 24
Mail: f.stein@stadt-gl.de

Landrat
Stephan Santelmann
Am Rübezahlwald 7
51469 Bergisch Gladbach

02.12.21

Stellungnahme der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Städte und Gemeinden des Rheinisch-Bergischen Kreises gemäß § 55 Abs. 2 KrO NRW

Sehr geehrter Herr Landrat,

nachfolgend die Stellungnahme der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Städte und Gemeinden des Rheinisch-Bergischen Kreises gemäß § 55 Abs. 2 KrO NRW, die aufgrund der aktuellen Corona-Situation schriftlich vorgelegt wird:

Die Kommunen stehen bundesweit vor einer massiven Haushaltskrise. Der Steuereinkbruch im Zuge der Coronakrise hat das Niveau der kommunalen Steuereinnahmen um rund 9 Milliarden Euro reduziert. Nach aktuellen Angaben des Statistischen Bundesamtes machte das Finanzierungsdefizit der Gemeinden im ersten Halbjahr bereits 5,7 Milliarden Euro aus. Eine Schätzung der Bertelsmann Stiftung für die Jahre 2021 bis 2024 beläuft sich insgesamt auf ein kumuliertes kommunales Minus von 23 Milliarden Euro.

Das gilt in besonderer Intensität für die Städte und Gemeinden des Rheinisch-Bergischen Kreises. Belastet mit den fiskalischen Folgen vieler Jahre der Haushaltssicherung, konfrontiert mit massiven Investitions- und Sanierungsrückständen und gleichzeitig weiter steigender Belastungen in Bereich Jugend und Soziales erfüllt uns der Blick auf die nächsten Jahre mit großer Skepsis und Sorge.

In einer solchen Situation ist auch der Rheinisch-Bergische Kreis in besonderer Weise in der Pflicht, die Städte und Gemeinden so weit wie eben möglich zu entlasten.

Leider kommt es aber nach dem vorliegenden Haushaltsentwurf zu erheblichen Mehrbelastungen. Zwar hat der Kreis in seinem Kreishaushaltsentwurf einen Umlagesatz für die allgemeine Kreisumlage über den gesamten Finanzplanzeitraum gleichbleibend wie 2021 mit 35,5 v.H. eingeplant, aber dennoch ist aufgrund der Steuerkraftentwicklung der kreisangehörigen Kommunen im Finanzausgleich 2022 die Umlagegrundlage für die Berechnung der Kreisumlage um rd. 41,5 Mio. € gestiegen. Daraus resultieren für den Kreis rd. 14,8 Mio. € Mehrerträge in 2022 gegenüber 2021.

Nach den Erläuterungen zum Eckdatenpapier 2022 des Kreises wird die Festschreibung des Umlagesatzes für die allgemeine Kreisumlage auf 35,5 v.H. über den gesamten Finanzplanzeitraum ermöglicht durch den teilweisen Verzehr der Ausgleichsrücklage, sodass diese nach derzeitigen Prognosen im Jahr 2025 von rund 37,0 Mio. Euro auf verbleibende 7,8 Mio. Euro abgeschmolzen wird.

Genau hier setzt unsere Forderung an, wonach nicht nur der teilweise, sondern der vollständige Verzehr der Ausgleichsrücklage zwingend eingefordert wird. Dadurch kann der Umlagesatz nicht nur stabil gehalten, sondern auf 35,0 % gesenkt und damit eine Reduzierung der Belastung der kreisangehörigen Kommunen geschaffen werden. Wir halten diese Forderung auch deshalb für angebracht, weil in den zurückliegenden Jahren die Jahresabschlüsse des Rheinisch Bergischen Kreises in der Vergangenheit im Durchschnitt um rund 2 bis 4 Mio. Euro besser ausgefallen sind, als im Plan vorgesehen und der Kreis darüber hinaus die durch die Kreisordnung ausdrücklich vorgesehene Möglichkeit hat, durch eine Veranschlagung von globalem Minderaufwand seine Haushaltsführung und damit die Höhe der Ausgleichsrücklage zu verbessern.

Nach dem Entwurf des Kreishaushaltes können die Kommunen in 2022 mit einer Einmalzahlung des Kreises in Höhe von insgesamt 6 Mio. € rechnen. Dies wird mit den Verbesserungen bei der Landschaftsverbandsumlage begründet, was zutreffend ist. Wir sind der Auffassung, dass diese Entlastung in der Sache richtig ist. Aber es ist das falsche Instrument. Die Kreisordnung sieht als Instrument der Austarierung der Finanzbeziehungen zwischen Kreis und Städten und Gemeinden einzig die Kreisumlage vor. Es ist daher erforderlich, eine Entlastung auch als Umlagesenkung abzubilden. Dies dient der Transparenz. Sonst entsteht in den Folgejahren bei Nichtveranschlagung weiterer Sonderzahlungen der falsche Eindruck, es ändere sich nichts am Saldo zwischen Kreis und Kommunen. Das sollten wir vermeiden.

Zusammenfassend also das Votum der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister: Der Rheinisch Bergische Kreis hat unter Einbeziehung der Sonderzahlungsbeträge das Potential, die Kreisumlage für 2022 und die Jahre der Finanzplanung um einen ganzen Hebesatzpunkt von 35,5 HSP auf 34,5 HSP zu reduzieren. Und zwar ohne materielle Einschränkungen bei den Projekten und Maßnahmen, die dieser Haushaltsentwurf abbildet. Dies ist für die Städte und Gemeinden, die vor schweren finanzpolitischen Jahren stehen, zwingend notwendig.

Wir gehen davon aus, dass diese so an die Mitglieder des Kreistages weitergeleitet werden,
dass diese analog zu einem mündlichen Vortrag davon Kenntnis erhalten.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink that reads "Frank Stein". The letters are cursive and somewhat stylized, with a large 'F' and 'S'.

Frank Stein

